

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952**

190 (16.8.1952)

# ETTLINGER ZEITUNG

Ercheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2,50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2,80, im Verlag abgeholt 2,50 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgegeben, Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4./53. Jahrgang Samstag, den 16. August 1962 Nr. 190

## Vertragsratifizierung nicht vor Ende Oktober

Ausschüßberatungen ab 3. September — Gesetz über Rechts- und Amtshilfe

Bonn (E.B.). Die Ausschüßberatungen im Bundestag über den Deutschlandvertrag und das Verteidigungsabkommen sollen am 3. September wieder aufgenommen werden.

Infolge der dreiwöchigen Tagung des Europa-Rats vom 15. September bis 6. Oktober, an der zahlreiche Bundestagsabgeordnete teilnehmen, und der großen Parteitage der SPD und CDU (Ende September und Anfang Oktober) rechnet man aber nicht mit einem Abschluß der Ausschüßberatungen vor dem 20. Oktober. Die Ratifizierung des deutsch-alliierten Vertragswerks und des Vertrags über die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in zweiter und dritter Lesung dürfte selbst nach Ansicht der Regierungsparteien daher kaum vor der letzten Oktoberwoche vorgenommen werden können.

Das Bundeskabinett, das unter Vorsitz von Vizekanzler Blücher tagte, verabschiedete einen Gesetzentwurf, durch den die Vorschriften über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe durch die Spaltung Deutschlands gegebenen Verhältnissen angepaßt werden sollen. Ein Regierungssprecher teilte mit, die Rechtsbehörden in Deutschland aufrechtzuerhalten und der Rechtsbehörden der Zonegrenze fortgeführt werden. Jedoch sei der Erlaß von besonderen Bestimmungen in Westdeutschland notwendig, damit die Rechtsstaatlichkeit nicht verletzt werde, da sich die Rechtsanwendung in der sowjetischen Besatzungszone erheblich von der Handhabung des Rechts in der Bundesrepublik unterscheiden.

Das geplante Gesetz stelle sicher, daß ein Verbrecher durch die Rechts- und Amtshilfe innerhalb Deutschlands seiner gerechten Strafe zugeführt werden könne. Die Hilfe habe jedoch ihre Grenze dort, wo gegen den Zweck von Bundesgesetzen verstoßen werde. Eine Person könne zum Beispiel nicht an die Sowjetzone ausgeliefert werden, wenn die Gefahr bestehe, daß sie dort mit dem Tode bestraft wird, da es die Todesstrafe in der Bundesrepublik nicht mehr gibt. Die Entscheidung darüber, wann die Rechts- und Amtshilfe gewährt werden soll, liegt bei den Generalstaatsanwälten. Eine betroffene Person kann sich gegen die Entscheidung des Generalstaatsanwalts beim Gericht beschweren.

## Neue Österreichnote mit altem Inhalt

Abschluß eines Kurzvertrages abgelehnt

London (UP). Die Sowjetunion hat bereits auf die Österreich-Note der drei Westmächte vom Montag geantwortet. Allerdings enthält die sieben Seiten umfassende sowjetische Antwortnote die gleichen alten Argumente, die schon von den Konferenzen über den Abschluß eines Staatsvertrages mit Österreich her bekannt sind. Politische Beobachter wiesen auf die „erstmalige Schnelligkeit“ hin, mit der dieses Mal vom Krenl reagiert wurde.

Die Sowjetunion hat in der Note die westlichen Vorschläge zum Abschluß eines verkürzten Friedensvertrages mit Österreich abgelehnt.

## Treckgefahr scheint gebannt

Kulmbach (E.B.). Der bayerische Staatssekretär für das Flüchtlingswesen, Prof. Oberländer, wird am 20. August in Kulmbach mit dem Treckführer Bronski zusammentreffen, dem er von den angekündigten Trecks nach Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen abrufen will. Auch ohne diese Intervention sieht es aber schon so aus, als ob die Trecks nicht zustande kämen, da der größte Teil der Trecker zur Ansicht kam, daß es sinnlos sei, ins Ungewisse zu wandern. Überdies gehen in den nächsten Tagen reguläre Umsiedlertransporte mit 800 Personen aus Bayern nach Württemberg und Nordrhein-Westfalen ab.

## Paris will NATO-Pflichten erfüllen

Paris (UP). Die französische Regierung gab ein Communiqué heraus, in dem versichert wird, daß Frankreich seine Verpflichtungen für das Jahr 1962, die das Land innerhalb der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft übernommen hat, erfüllen will. Gleichzeitig wird jedoch festgestellt, daß für das Jahr 1963 noch keine definitiven Pläne bestehen.

## Urteil gegen Ohrenstein „zu milde“

Jüdische Kreise zum Auerbach-Prozess

Bonn (UP). Das Urteil der Ersten Strafkammer des Landgerichtes München gegen den ehemaligen Präsidenten des Landesentschädigungsausschusses, Philipp Auerbach, wurde von prominenten Kreisen der Juden in Deutschland als „sehr hart“ und nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme „nicht gerechtfertigt“ bezeichnet. Dagegen wurde erklärt, daß das Urteil gegen den Landesrabbiner Dr. Ohrenstein, von dem sich der Zentralrat der Juden in Deutschland im Oktober 1961 distanziert hatte, zu milde ausgefallen sei. Auerbach und Dr. Ohrenstein waren am Donnerstag nach mehrmonatiger Verhandlung zu zweieinhalb bzw. einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

## Saarbeschwerde vor den Europa-Rat?

Bonn rechnet sich Erfolgsaussichten aus - Hoffmann für Volksabstimmung?

Bonn (UP). Die deutsche Beschwerde über die politischen Zustände an der Saar steht auf der Tagesordnung des Europa-Rats; sie könnte nur dann zurückgezogen werden, wenn sich bis zum 15. September eine deutsch-französische Einigung über das Saargebiet abzeichnet.

In Bonner Regierungskreisen wurde darauf aufmerksam gemacht, daß außer der Regierungsbeschwerde vor dem Ministerrat auch in der Vollversammlung des Europa-Rats ein ähnlicher Antrag der deutschen Delegation eingebracht worden sei. Wenn es daher im Laufe der nächsten vier Wochen nicht mehr zu einer Verständigung zwischen Bonn und Paris über die Möglichkeiten einer Saarlösung kommen sollte, wird das strittige Saarproblem zweimal auf „höherer Ebene“ — einmal im Ministerrat und einmal in der Beratenden Versammlung — zur öffentlichen Diskussion kommen.

Die Erfolgsaussichten für die Behandlung der deutschen Saarvorstellungen werden in Regierungskreisen in Bonn durchaus günstig beurteilt. Vor allem einige kleinere Nationen, wie Griechenland, die Türkei, aber auch Italien unter den großen Mitgliedstaaten dürfen den deutschen Standpunkt, zumindest in einigen Teilen, unterstützen.

Der deutsche Schriftsatz, der schon im März einmal vor dem Ministerrat gebracht, aber dann wieder zurückgezogen worden war, bezieht sich auf Artikel 5 der Satzung des Europa-Rats. Darin verpflichten sich die Mitglieder, dem Artikel 3 Gemüße zu tun, der die Respektierung der Grundfreiheiten verlangt.

Nach Artikel 15 der Statuten kann ein Mitglied des Europa-Rats ausgeschlossen werden, wenn es gegen die Grundätze der Statuten verstößt. Die Bundesregierung scheint nicht die Absicht zu haben, auf einen Ausschluß der Saar hinzuwirken, sondern will lediglich die Aufmerksamkeit des Rats auf die Zustände im Saargebiet lenken und Abhilfe verlangen.

Der Bundeskanzler hat den Vorsitzenden der drei saarländischen Oppositionsparteien inzwischen vom Bürgerstock aus schriftlich versichert, daß nur ein frei gewählter Saarländtag über die Zukunft der Saar entscheiden dürfte. Zugleich gab er ihnen die Zusage, daß die Bundesregierung für die Zulassung der Oppositionsparteien eintreten werde.

„Die Saarbevölkerung muß grundsätzlich ja oder nein sagen können zu der Regelung, die eines Tages aus den deutsch-französischen Saarverhandlungen in Paris hervorgeht, und zwar ganz gleich, wie diese Lösung aussehen wird“, erklärte der saarländische Ministerpräsident Hoffmann bei der Jahresversammlung der saarländischen Gemeinde Bonn. Wenn man auch zur Zeit nicht viel zu den Besprechungen selbst sagen könne, so sei doch eines gewiß, nämlich die Bereitschaft und der gute Wille der Saarländer, jeder Lösung „unstimmen, die der deutsch-französischen Verständigung und damit der Befriedung Europas diene.“

Dr. Hubert Ney, der erste Vorsitzende der CDU des Saarlandes, protestierte gegen die erneute Verzögerung der Zulassung seiner Partei. „Nicht die Bodenschätze und Hüttenwerke an der Saar dürfen das wichtigste Verhandlungsthema bei den Saargebüchen sein, das wichtigste Verhandlungsthema sind die Rechte der Menschen deutscher Abstammung und Sprache, die an der Saar leben und bis jetzt an einer freien Meinungsbildung gehindert werden“, stellte er fest. Statt der erwarteten Registrierung habe die Regierung des Saarlandes den Parteivorstand wissen lassen, daß der Gründungsausschuß einberufen werden müsse, um zu den von der Regierung aufgeworfenen Fragen, der Stellungnahme zu der politischen Trennung von Deutschland, der angeblichen Autonomie und des wirtschaftlichen Anschlusses an Frankreich gehört zu werden. Diese Bedingungen machten eine Aufnahme der politischen Tätigkeit der Partei auf viele weitere Wochen unmöglich.

## Sicherheitsamt in Kairo gebildet

Todesstrafe für die Unruhestifter beantragt - Die Hintergründe des Putsches

Kairo (UP). Der Generalprokurator des in Alexandria tagenden Kriegesgerichts beantragte die Todesstrafe für einen der 21 Hauptangeklagten, dem die Erschießung von zwei Soldaten bei den blutigen Unruhen in Last belegt wird. Der Prozess gegen die 400 Arbeiter wird wahrscheinlich mehrere Tage dauern. Ein Einspruch gegen die bevorstehenden Urteile ist nicht möglich.

Ein Regierungssprecher gab zu verstehen, daß eine bestimmte Partei für die Zusammenstöße zwischen der Belegschaft und der Polizei verantwortlich sei. Er nannte keinen Namen, sagte aber, daß die Unruhen durch Parteiführer ausgelöst wurden. Wie aus Kairo-Dawar verlautet, ist inzwischen der Vorsitzende der dortigen Wald-Ortsgruppe verhaftet und in das Gefängnis von Alexandria eingeliefert worden. Die kleine Textilstadt ist noch immer von starken Truppenverbänden besetzt.

Ministerpräsident Ali Maher hat die Bildung eines „Amtes für innere Sicherheit“ angeordnet, das in erster Linie Zionismus und Kommunismus bekämpfen soll. Gleichzeitig ist die Zensur für alle ausgehenden Presse-telegramme wieder eingeführt worden. General Naguib richtete in diesem Zusammenhang an alle Pressevertreter die eindringliche Warnung, keine vagen und spekulativen Berichte herauszugeben.

Inzwischen werden aus Kairo weitere interessante Einzelheiten über die Hintergründe der Militärputsche bekannt, der zum Sturz König Faruks führte. Bekanntlich ist die Ursache des Putsches in Spannungen zwischen der Armee und dem König zu suchen. Die Unzufriedenheit in der Armee hatte zwei Ursachen: 1. Die militärische Niederlage im Palästina-Krieg und 2. die sich immer mehr ausbreitende Korruption. Es gab Dutzende von Skandalen; mangelhafte Waffen und Munition wurden im Ausland bestellt, die von den Rüstungsfirmen genannt und tatsächlich gezahlten Preise stimmten oft nicht überein. Viele politisch prominente Ägypter und Günstlinge Faruks sollen von den Rüstungsfirmen große Kommissionsgelder bezogen haben.

Um 1949 fiel es den jüngeren Offizieren allmählich auf, daß es sehr schwer war, befördert zu werden oder eine gute Stellung zu erhalten, ohne bei zwei Günstlingen Faruks, gut angeschrieben zu sein. Einer dieser beiden Männer war Brigadegeneral Mohammed Hilmy Hussein, ein früherer Chauffeur, der einen sehr schnellen Aufstieg hinter sich hatte, der andere war Mohammed Hassan, der Kammerdiener Faruks.

Die jüngeren Offiziere waren gegen beide Günstlinge mächtig. Sie hatten darüber hinaus noch einen weiteren „Feind“, den Chef der Grenzverwaltung General Hussein Sirry

Amer, der über ausgezeichnete Beziehungen zu Palast und Kriegs- und Marineministerium verfügte. Die Spannungen erreichten im Frühjahr bei einem Treffen der Offiziersklubs in Kairo eine Höhepunkt. Auf diesem Treffen wollten die jüngeren Offiziere Generalmajor Naguib, den späteren Anführer des erfolgreichen Militärputsches, zu ihrem Präsidenten wählen. Das gelang ihnen trotz des Widerstandes des Palastes und der älteren Offiziere. Halder Pascha, der Oberkommandierende der bewaffneten Streitkräfte, ließ jedoch daraufhin den Offiziersklub schließen. Die jüngeren Offiziere waren inzwischen so aufgebracht, daß sie einen Putsch ernstlich zu erwägen begannen.

Zu dieser Zeit folgte in Ägypten eine Regierung auf die andere. Faruk aber verpaßte die letzte Möglichkeit, die Offiziere zu verwöhnen, als er Anfang Juli Hussein Sirry zum Kriegs- und Marineminister, oder zumindest zum Oberkommandierenden der Armee zu ernennen. Faruk weigerte sich und bestand auf der Ernennung von Generalmajor Sirry Amer zum Kriegsminister. Daraufhin trat Hussein Sirry als Ministerpräsident zurück.

Nun war der Augenblick für den Putsch gekommen, und in den frühen Morgenstunden des 23. Juli führten die jungen Offiziere unter der Führung von Mohammed Naguib erfolgreich ihren Plan aus. Sirry Amer veruchte, das Land zu verlassen, wurde jedoch an der libyschen Grenze verhaftet. Genau wie Faruk alle seine Freunde, wie Hilmy Hussein und Mohammed Hassan, sitzt er heute hinter Schloß und Riegel.

## VOM TAGE

30 Prozent der Ernte sind in Jugoslawien infolge der langen Dürreperiode ausgefallen.

Wegen Vergewaltigung eines neun Jahre alten Mädchens und wegen versuchter Vergewaltigung einer Siebzehnjährigen verurteilte ein US-Militärgericht in Berlin einen 26 Jahre alten amerikanischen Soldaten zu lebenslangem Zuchthaus.

Bulgarische Grenzsoldaten erklärten sich damit einverstanden, mit griechischen Offizieren am Montag den jüngsten Grenzwissenschaftenfall, bei dem die Bulgaren eine griechische Patrouille beschossen hatten, zu besprechen.

Tom Connally, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des US-Senats, traf auf einer Reise durch Europa, auf der er auch nach Bonn kommen wird, in London ein.

## Querschnitt der Woche

Von Eduard Funk

Auf dem europäischen Journalistenkongress in Bellagio störte unvermittelt ein saarländischer Redakteur das in erfreulicher Harmonie verlaufende Gespräch um die Möglichkeiten und Ziele einer Europa-Föderation durch den Versuch, das Regime des Herrn Hoffmann als Muster einer wahrhaft europäischen Politik hinzustellen. Mit höflicher Verbengung von Botschafter Alphanand erklärte er, das Saarland stehe in „besten und nützlichsten Beziehungen zu Frankreich“, worauf er an Dr. Lenz, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, die Mahnung richtete, er hoffe, daß ein solches Verhältnis auch mit der Bundesrepublik erreicht werden könne.

Als auf diese von allen Anwesenden — auch den Franzosen — als deplaciert empfundene Bemerkungen von keiner Seite die beabsichtigte Reaktion erfolgte, meldete sich Herr Braun, ehemaliger Justizminister der Saarregierung, zum Wort, um durch eine noch größere Taktlosigkeit den müßigenen Vorstoß seines Vordrängers fortzusetzen. In totaler Umkehrung der Wahrheit behauptete er, der Bundeskanzler habe die im März erfolgreich begonnenen Saarbesprechungen mit Außenminister Schuman abgebrochen; er frage daher Botschafter Alphanand, ob Frankreich geneigt sei, diese Verhandlungen wieder aufzunehmen, wenn Bonn sich dazu bereit erkläre.

Mit maliziösem Lächeln parierte Alphanand diese Anzuspitzung. Er sei nicht befugt, so sagte er, namens seiner Regierung verbindliche Erklärungen abzugeben. Auch halte er es nicht für opportun, eine so heikle Frage vor einem Forum anzuschneiden, dessen Tagesordnung die Erörterung anderer Probleme vorgesehen habe. Staatssekretär Lenz fertigte die Interpellanten mit der Auskunft ab, es sei in absehbarer Zeit mit der Wiederaufnahme deutsch-französischer Verhandlungen zu rechnen.

In der Tat fuhr Staatssekretär Hallstein vor 14 Tagen nach Paris, um am Quai d'Orsay die präzise Frage zu stellen, wie man sich in Paris eine Europäisierung des Saargebietes denke. Als er darauf nur ausweichende Antworten bekam, machte er seine französischen Gesprächspartner darauf aufmerksam, wie wenig sinnvoll es ist, sich mit Problemen zu beschäftigen, die erst realisiert werden können, wenn ihre Voraussetzungen vorhanden sind.

Denn in der Tat: eine allseits befriedigende Regelung des Saarkonflikts ist doch nur denkbar, sofern in diesem Lande eine staatliche und rechtliche Ordnung hergestellt wird, die den fundamentalen Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen entspricht. Die französischen Staatsmänner, die sonst so gerne in der Rolle vorbildlicher Demokraten und Ideenreicher Vorkämpfer einer europäischen Einigung brillieren möchten, haben sich aber beim ersten praktischen Versuch, die um die Saar entstandene deutsch-französische Spannung zu bereinigen, als kompromißlose Nationalisten erwiesen, die nicht um einen Millimeter nachzugeben bereit sind, obwohl im vorliegenden Falle Recht und Moral ausschließlich die deutschen Forderungen unterstützen. Nachdem aber trotzdem Außenminister Schuman — man erinnere sich der Interpretation von Bellagio! — die Zulassung von Oppositionsparteien im Saarland ablehnte, weil diese „nationalistisch“ seien, und ebenso eine Verschiebung der zur Paroe gewordenen Landtagswahlen, erhebt sich die Frage, ob es überhaupt noch einen Sinn hat, die schon zweimal unterbrochenen Verhandlungen ein drittes Mal fortzusetzen.

Die französische Regierung war jedenfalls nicht gut beraten, als sie durch ihre totale Ablehnung aller konkreten Kompromißmöglichkeiten die Bundesregierung zwang, den Saarkonflikt dem Straßburger Europa-Rat vorzutragen zu müssen. Dr. Adenauer kann sich nun nicht mehr länger der Verpflichtung entziehen, als Advokat der deutschen Saarländer für deren verletzte Menschenrechte einzutreten.

In erfreulichem Gegensatz zu diesen negativ verlaufenen Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung stand die Amtsführung der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg. Wenngleich von ihrer Tätigkeit noch nicht binnen kurzer Zeit praktische Erfolge erwartet werden dürfen, weil der Aufbau ihrer Organisation, die Abgrenzung der Geschäftsbereiche und andere Vorbereitungen sicher einige Monate in Anspruch nehmen werden, ist doch mit Genugtuung festzustellen, daß mit dieser Institution die erste supranationale Behörde Europas in Funktion trat und damit ein wesentlicher Schritt zur Vereinigung der freien Völker Europas vollendet wurde.

Um dessen Verteidigung sieht es allerdings weniger beruhigend aus. Die Delegierten der sechs Partner der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die sich in Paris trafen, konnten über die Dauer der Militärdienstpflicht ihrer Kontingente keine Einigung erzielen. Obwohl die Experten aller Länder, einschließlich des NATO-Chefs Ridgway, eine Dauer von zwei Jahren forderten, lehnten Frankreich und Italien rundweg ab. Es bleibt also dabei, daß die in Lissabon festgesetzten Pläne für die Verteidigung des Westens bis Ende 1962 nur etwa zu zwei Dritteln erfüllt werden können.







**DIE MARIENKIRCHE IN STARGARD**  
Stargard ist ein typisches Kolonisationsstädtchen, das seinen alten deutschen Charakter auf Schritt und Tritt verrät. Im 12. Jahrhundert siedelte der Johanniterorden hier deutsche Kolonisten an. 1243 wurde Stargard Stadt und ihm das magdeburgische Recht verliehen. Im 14. Jahrhundert trat sie der Hanse bei. Aus dieser Zeit stammen noch die Reste der Befestigungsanlagen. Zur imposanten St. Marienkirche wurde auch in dieser Zeit der Grundstein gelegt. Der nüchterne Ernst der hochstrebenden gotischen Basilika wird durch die zierliche Turmzier aus barocker Zeit mildert. Auch das Rathaus zeigt in seiner malerischen Fassade gotische Formelemente. Stargard, eines der schönsten und ältesten Städte des Pommerns, ist heute polnisch, aber den deutschen Charakter können auch die Polen nicht verwischen. (Zeichn.: Kracht)

## Die Verehrung des Brotes im Schlesierland

Sinniges Brauchtum der alten Heimat

Eine innige Verehrung zeigte der schlesische Landmann alten Schlags gegen das Getreide, diese Gabe vom „Ilewa Goot“, von der seine ganze Existenz abhängt. Nicht selten sah man ihn allein oder mit einem Freunde oder Nachbarn um ein Saatfeld wandern und voll Behagen darauf hinweisen, wie schön die Soote steht; im stillen aber schickte er wohl einen frommen Wunsch zum Himmel empor, daß der Herrgott die Fluren vor allem Schaden, besonders vor Hagel beschützen möge. Eine mutwillige Beschädigung eines Getreidefeldes sah er nicht allein als Verletzung seines Eigentums an, sondern auch als Frevel gegen Gott, den gütigen Geben.

Es war leicht erklärlich, daß der schlesische Landmann dieser Himmelsgabe auch eine heilwirkende Kraft zuschrieb und daß sich an die Saat und das Getreide eine Anzahl abergläubiger Anschauungen knüpfte, die größtenteils aus der ältesten Zeit stammten, denn den heidnischen Vorfahren war das Getreide heilig. Im Glatzischen glaubte man immer noch, daß man in der Christnacht aus der Wintersaat die Zukunft erörtern konnte.

Sobald in der Ernte das erste Getreidefeld herangebracht wurde, zog man drei Ähren aus ihm heraus, vorn, mitten und hinten eine, steckte sie in die Erde und ließ sie keimen. Sprossen sie kräftig, so hatte man im nächsten Jahr eine gute Ernte zu erwarten, keimten aber nur wenige oder gar keine, dann war absolut mit einer Mißernte zu rechnen.

Das Getreide verkörperte auch ein Heilmittel gegen manche Krankheiten: Wer an Zahnschmerzen litt, mußte von der jungen Saat einige Blättchen mit dem Munde abpflücken. Wer die ersten drei oder neun Kornblüten, die er sah, abpflückte und verzehrte, den befiel in demselben Jahr kein Fieber; wer die ganze blühende Ähre abstreifte und verzehrte, litt das ganze Jahr über an nichts Mangel.

Nicht bloß auf die Frucht des Feldes erstreckte sich die Verehrung des Landmannes,

sondern auch vor allem auf das „Ilewa Brot“, um dessentwillen er im Schweiß seines Angesichtes so viel Arbeiten verrichtete. Wenn ein Brot im Backofen mitten entzwei sprang, so bedeutete das für das Haus, in dem es geschah, großes Unglück. Wer ein Brot aus seinem Hause ließ, was unter Nachbarn häufig vorkommt, mußte es vorher in ein Tuch einhüllen, sonst gab er den Segen mit fort. Dies war ein alter Brauch in der Striegauer Gegend.

In der Grafschaft Glatz durfte man das Brot nicht mit der braunen Kruste nach unten auf den Tisch legen, dies brachte Unsegen und bedeutete Hungersnot. Fiel jemand das Brot aus Versehen vom Tische, so mußte er rufen: „Verzeih mirsch Goot!“ Solches Brot sollte man küssen, ehe man es aß. „Laubte sich jemand, während der Mahlzeit eine Lästerung oder einen Floch auszusprechen, so rief ihm ein anderer zu: „Verzeih mirsch Goot, dass du so was soisst vor dem Ilewa Brute.“ Verbrannte bei einer Feuersbrunst das Brot auf dem Tische, so ruhte auch kein Segen auf dem neubauten Hause; es würde auf kurz oder lang ebenfalls niederbrennen.

Bevor man ein Brot aufschnitt, machte man mit dem Messer drei Kreuze auf die untere Fläche: „dann reichste es weit“, und es war Segen beim Genusse; tat man es nicht, so bekam es nicht, wie man in der Neuroder Gegend glaubte. Das Brot schnitt gewöhnlich der Hausherr auf, die Butter die Hausfrau; tat es ein Unverheirateter, so mußte er noch sieben Jahre auf die Verheiratung warten.

Wer Brosamen verstreute und umkommen ließ, fand keine Ruhe im Grabe und mußte suchen bis zum jüngsten Tage.

Brotfrevel wurde nach dem Volksglauben mit ganz besonderen Strafen vom Himmel geahndet. Schlimm erging es einem Fuhrmann aus der Gegend von Freivaldau, der Brot über das Gebirge fuhr. Als er an eine Stelle kam, wo der Weg steil bergab ging, wollte er Halt machen. Statt eines Steines aber, der nicht gerade in der Nähe lag, nahm er ein Brot vom Wagen und legte es unter das Rad, um den Wagen zu hemmen. Wie er so nun an der lieben Gottesgabe frevelte, wurde er mit seinem Fuhrwerk augenblicklich in einen mächtigen Felsen verwandelt, der noch jetzt auf der Höhe des Berges steht und Fuhrmannstein heißt.

Auch bei der Hochzeit spielte das Brot als Symbol künftigen Wohlergehens eine wichtige Rolle. Bevor die Braut zur Trauung nach der Kirche geführt wurde, steckte man ihr von einem frisch angeschnittenen Brote ein kleines Stück, das „Brottramflla“, in den Schubsack des Brautkleides. Sie hob es ihr Leben lang an einem trockenen Ort auf, damit es nicht schimmelte; es fehlte ihr dann nie am nötigen Brote und in ihrem Hause brach kein Feuer aus.

Wenn das Brautpaar mit der ganzen Ausstattung der Braut beladen wurde, vergaß man nie, „eine ganze Bücke“ frischgebackenes Brot

in ihre Betten zu packen. Und wenn die neu vermählte Gattin in das Haus des Gatten ihren Einzug hielt, trat ihr an der Tür ihre Schwiegermutter entgegen mit einem Brote, einem Messer und einem Salznäpfchen. Die Schwiegertochter mußte das Brot aufschneiden und einen Bissen davon essen, das übrige bekamen die Armen.

Die alte Mutter wollte damit ausdrücken, daß es ihr im neuen Wirkungskreise recht gut gehen und an nichts fehlen möge.

Auch viele Sagen und Legenden wissen die Schlesier von dem Getreide zu berichten. So erzählte die Urahne in der Schweidnitzer Gegend abends ihren Enkeln:

Einmal wandelten Christus und Petrus in unscheinbarer Kleidung unerkannt durch das Schlesierland, um das Tun und Treiben der Menschen zu beobachten. Die Menschen aber waren damals sehr hochmütig und stets unzufrieden mit dem, was ihnen Gott in seiner Barmhertigkeit bescherte. Zu jener Zeit

### Denken Sie noch daran, daß . . .

der besuchteste Ort im einstigen Masowienland Łódź war! Unverkennbar bleiben als Erinnerung die Wanderungen durch die tiefen Wälder und die Fahrten über die See, unter dem Namen Löwentinne bei Löten einer der schönsten war.

der gotische Dom von Fraunburg am Frischen Haff der bedeutendste Kirchenbau Ostpreuens war, der außerdem dadurch berühmt erlangte, daß hier Kopernikus als Durchbruch wirkte und während dieser Zeit die Grundlage für die moderne Astronomie schuf!

wuchsen so große und so schwere Ähren, daß sie bis zu der Stelle herabreichten, wo jetzt unter der Ähre der erste Halmknoten ist. Den Menschen war dies aber nicht genug, und sie wollten die Ähren noch größer haben.

Als das unser Herrgott auf seiner Wanderung hörte, ward er zornig über die unersättliche Habgier der Menschen und ging mit Petrus durch die Saatfelder, um alle Ähren von den Halmen abzustreifen. Da trat Maria zu ihm und bat: „Laß doch wenigstens etwas für die Hunde und Katzen übrig, was haben denn die armen Tiere verbrochen, daß sie kein Brot fressen sollen?“

Diese Rede besänftigte den Zorn des Herrn ein wenig und er streifte von den Halmen nicht alles ab, sondern daß noch so viel übrig blieb, als noch heute die gewöhnliche Länge der Ähre ausmacht. Darauf sprach er: „Was da noch übrig ist, das soll für die Hunde und Katzen sein.“

So blieb der Erntesegen der Welt erhalten. Seidem ward es aber Sitte, und es ist noch heute bei manchen Bauern Brauch, daß bei der Mahlzeit den Hunden und Katzen ihr Essen eher hingesetzt wird, als den Menschen.

## Das Rad der Geschichte dreht sich weiter

Sieben Jahre „Polnisch“ tilgen siebenhundert Jahre „Deutsch“ nicht aus

Im Jahre 1948 bereiste der amerikanische Publizist W. L. White Polen und die von Polen in ihre Verwaltung übernommenen ostdeutschen Gebiete. In einem auf diese Reise hin veröffentlichten Beitrag schrieb der Verfasser Anfang 1947 unter anderem folgende bemerkenswerte Stelle:

„Die polnische Regierung hat ihre Schwereigkeiten mit den neuen Ländern (den deutschen Ostgebieten), denn die polnischen Siedler beziehen nur zögernd die leeren Gebäude ihrer neuen Höfe, nicht nur deswegen, weil die Russen sie sämtlichen Inventars beraubt haben, bevor sie sie den Polen übergaben. Denn die polnischen Siedler wissen, dieses Land ist seit einem Jahrtausend deutsch gewesen. Diese (polnischen) Bauern sagen: „Gestern war es ein deutscher Hof, heute ist es meiner, wenn wird er morgen gehören!“

Man wird — ein Jahr nach Beendigung des Krieges — von dem amerikanischen Verfasser annehmen müssen, daß er nicht besonders deutschfreundlich eingestellt war; umso beachtenswerter sind seine Erkenntnisse, die er im Gespräch mit zahlreichen polnischen Neusiedlern sammelte und in dem eingangs wiedergegebenen Satz niederlegte.

Seit dieser Zeit sind gut fünf Jahre vergangen. Wie ist heute die Ansicht der polnischen Siedler, nachdem sie von den ostdeutschen Gebieten festen Besitz ergriffen haben und sich akklimatisieren konnten? Auf einen kurzen Nenner gebracht: Ihre Ansicht hat sich kaum verändert. Wir wissen aus ungezählten sicheren Informationen, daß die polnischen Neusiedler in den ostdeutschen Gebieten nicht heimisch geworden sind.

Ein Beweis dafür ist die Landflucht, gegen die die Warschauer Regierung bisher vergeblich angekämpft hat. Hätten die polnischen Siedler — obwohl ihnen von Regierungsseite aus verlockende Vorteile in Aussicht gestellt wurden und werden — nur zögernd von den ländlichen Gemeinden Besitz ergriffen, so ist heute der Drang in die Stadt allgemein. War einst die Aussicht, Herr auf eigener, ungleich größerer Scholle zu sein, verlockend, so war die harte Wirklichkeit für viele ernüchternd. Die zu einem großen Teil aus kleinen Verhältnissen kommenden Bauern, die in ihrer ostpolnischen Heimat vielfach als Landarbeiter gelebt, das heißt auf Anweisung ihrer Gutsherrn gearbeitet hatten, mußten jetzt eigene Entscheidungen treffen, unter anderem Klima, auf anders geartetem Boden und mit fremdem Gerät wirtschaften. In der Mehrzahl wurden sie der Schwierigkeiten nicht Herr. Der Erfolg: Extensiv betriebene Wirtschaft, brachliegendes Land, ungenügende Produktion. Heute ist es so weit, daß in dem einstigen Uberschußgebiet Schlesiens Kartoffeln aus der Deutschen Demokratischen Republik eingeführt werden müssen.

Daneben hat das Problem eine menschliche Seite. Zahlreiche polnische Neubürger sind Heimatvertriebene in dem gleichen Sinn wie es die heute im Westen lebenden Schlesier sind; darüber täuschen auch nicht die anders gearteten Lebens- und Wohnverhältnisse beider Volksteile hinweg. Die polnischen Neusiedler haben genau wie die Schlesier ihre Heimat verloren. Schlesiens ist ihnen kein vollwertiger Ersatz. Die Polen wissen, daß sich das Rad der Geschichte immer weiter dreht, sie können sich ihres neuen Besitzes nicht ungeschränkt erfreuen.

In den Städten ist es nicht anders als auf dem Land. Was soll man dazu sagen, daß begüterte Polen hier und da ihre Töten nach der polnischen Heimat überführen, um sie dort beizusetzen? Oder dazu, daß polnische Geschäftsinhaber die Schaufenster ihrer Läden reich dekorieren und sie dann photographieren lassen, mit der Erklärung: Man kann nicht wissen, welche Brauch ich das Photo

einmal, um bei amtlichen Stellen Entschuldigungsansprüche durchzudrücken.

Es ist ein Unterschied zwischen der amtlichen Auffassung der Warschauer Regierung, die in der „Friedensgrenze“ an der Oder-Neiße-Linie gipfelt, und der Ansicht der in den ehemaligen deutschen Ostgebieten lebenden polnischen Siedler, gar nicht zu reden von der Potsdamer Erklärung, daß das Land den Polen nur zur Verwaltung übergeben wurde. So sehr sich Warschau bemüht, es anders hinzustellen: Auch nach sieben Jahren polnischer Besetzung ist das siebenhundert Jahre alte deutsche Schlesien noch keine polnische Provinz geworden. Es wird sie solange nicht werden, solange Deutschland seinen Anspruch auf Schlessen nicht aufgibt.

## Die verlassene Basilika von Haindorf

Sudetendeutscher Wallfahrtsort wurde dem Untergang preisgegeben

chroniken von Görlitz z. B. ist zu entnehmen, daß bereits in dem erwähnten Jahrhundert Hunderte von Heilungsuchenden den weiten und beschwerlichen Weg zur „Muttersgottes auf der Lände“ antraten. Denn die Sage berichtet, die Heilige Maria sei einem Förster auf einer Lände stehend erschienen und habe ihn von seiner Krankheit erlöst. Diese Erscheinung habe sich mehrfach wiederholt, und bald errichtete man an dieser Stelle eine Kapelle, zu der jährlich Hunderte von Menschen zogen. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurde an der Stelle dieser Kapelle, die mehrfach abgebrannt war, die Basilika Fischers von Erlach errichtet, eine Stiftung des Grafen von Gallas, ein Bau, der sich nicht nur harmonisch in die Landschaft einfügte, sondern der jedem, der ihn betrat, heilige Ehrfurcht einflößte. Tausende von Kunstkenner schreuen nicht den Weg nach Haindorf, um den herrlichen Bau mit der großen Kuppel, den bizarren Türmen und dem mächtigen Portal, den schönen Altären und Fresken zu bewundern.

Die Bewohner Haindorfs die ständigen Besucher des Gnadenortes sind heute in alle Welt verstreut. Geblieben sind lediglich die Erinnerungen an einen Ort, eingebettet in die Berge und Wälder des Isergebirges, an die ernsten und doch frohen Tage der „Fahrt“ und der Glaube an eine göttliche Macht und Gnade, die sie in dieses schöne Stück Heimat wieder zurückkehren lassen wird.

### Von Sowjetsoldaten überfüllt

Königsberg ist z. Z. von sowjetischen Truppen überfüllt. Da die alten deutschen Kasernen, die so weit als möglich aufgebaut wurden, und die bisherigen Barackenlager zur Aufnahme der Truppen nicht ausreichen, mußten zahlreiche wiederinstandgesetzte Straßenzüge von den Einwohnern geräumt werden. Längs der polnisch-russischen Grenze, die quer durch Ostpreußen läuft, haben Abteilungen der Roten Armee Draht- und Holztürme errichtet. Ein Verkehr über die Grenze ist heute unmöglich.



**DIE POMMERSCHE SCHWEIZ**  
Blick auf den Fünsee bei Bad Polzin.



**DAS ZEUGHAUS IN JAUER**  
Einer der schönsten Bauten dieser alten Stadt.